

POLITIK Christoph Kleen fordert Fraktionsmitglieder zum Rücktritt auf – Laden in Postgebäude

Die Gemeinde Juist hatte bislang kein Interesse an der alten Post gezeigt.

JUIST/ERT – Ein Antrag der CDU-Fraktion zum alten Postgebäude hat Christoph Kleen dazu veranlasst, Ende August aus dem CDU-Ortsverband Juist auszutreten, und inzwischen sind ihm weitere CDU-Mitglieder gefolgt.

Seinen Austritt begründet Kleen in seinem Schreiben vom 30. August wie folgt: „Der neueste Alleingang der CDU-Fraktionsmitglieder Endelmann, Extra und Rinderhagen mit Schreiben an den Bürgermeister wegen des Gebäudes der alten Post, der wieder einmal weder mit allen Fraktionsmitgliedern noch mit dem Vorstand abgesprochen worden ist, zeigt mir, dass die genannten Ratsmitglieder in Gutsherrenmanier ohne Rücksicht auf den Vorstand und die weiteren Mitglieder der CDU-Ortsgruppe selbstherrlich und undemokratisch gehandelt haben und in Zukunft auch weiter handeln werden. Es scheint innerhalb der CDU Juist nach wie vor nicht möglich zu sein, konstruktive Politik miteinander zu gestalten.“

Anfang September forderte Kleen in weiteren Schreiben die CDU-Fraktionsmitglieder Inka Extra, Gerhard Rinderhagen, Axel Rippe und Elke Koß-

mann dazu auf, ihre Ratskandidatur zurückzuziehen. In einer handschriftlichen Erläuterung zu der Austrittserklärung hatte Rinderhagen darauf hingewiesen, dass der umstrittene Antrag auf einer Fraktionsitzung bei Inka Extra im Beisein aller Mitglieder außer Frank Endelmann besprochen und von Inka Extra unterzeichnet worden sei. Dem widerspricht allerdings der CDU-Vorsitzende Jan Doyen-Waldecke vehement: „Die Begründung habe ich nicht gesehen. Den Antrag hat Herr Rinderhagen formuliert und geschrieben.“ Der Antrag, der von allen Fraktionsmitgliedern befürwortet wurde, lautet: „Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Gespräche mit den Eigentümern des Postgebäudes auf Juist über die Anmietung der unteren freien Flächen durch die Inselgemeinde aufzunehmen.“

Für Empörung auf der Insel sorgte der letzte Satz folgender Begründung: „Die Flächen im Postgebäude unterliegen einer Nutzungsbeschränkung, das heißt diese Flächen können nur durch Institutionen wie Gemeinde, Post und Ähnliches genutzt werden. Sie sind im B-Plan als Gemeindebedarfsflächen festgesetzt. Die Festsetzung sollte für eine gemeindliche Nutzung bestehen bleiben und gegebenenfalls ergänzt werden. Wenn lang-

fristig das Warmbadgebäude ganzheitlich für Praxen genutzt werden soll, ist eine Raumbeschaffung für das Ordnungs- und Standesamt erforderlich. Die Gemeinde kann es sich nicht leisten, im Nachbarhaus Flächen, die für Aufgaben der Gemeinde im B-Plan sogar vorgesehen sind, nicht zu nutzen. Eine Freigabe der Flächen für andere Aufgaben durch Änderung des B-Planes, was für das Gebäude dazu noch eine erhebliche Wertsteigerung bedeuten würde, wird von der CDU nicht getragen.“

Interessenten gefunden

Von diesem Schreiben erfuhr Ralf Kurzweg aus Vechta, der Eigentümer des Postgebäudes, von dem Juister Bürgermeister Dietmar Patron, mit dem er seit Langem in Kontakt steht. Der Investor hatte der Gemeinde bereits Ende 2008 110 Quadratmeter der Erdgeschossfläche zur Miete angeboten, als er erfuhr, dass die Post den Schalterbetrieb schließen und an Michael Abel als Franchisepartner übergeben würde. Die Gemeinde Juist zeigte sich aber trotz mehrfacher Nachfrage nicht interessiert.

In diesem Jahr schloss Kurzweg einen Nachtrag mit dem Zustellpostamt, das weiterhin das alte Postgebäude für Postverteilung und die Schließfachanlage nutzt. Darin wird die Mietfläche um 20 Quadrat-

meter auf 197 Quadratmeter vergrößert und gleichzeitig der Mietvertrag für die 94 Quadratmeter große Fläche aufgehoben. Dort will die Juister Familie Moritz ein Textilgeschäft einrichten, in dem auch Pflegeprodukte angeboten werden. Einen entsprechenden Mietvertrag hat Kurzweg mit der neu gegründeten Lotterleben GmbH abgeschlossen. „Das Gesicht des Gebäudes soll verändert werden“, teilt er mit. Auch möchte die Juister Familie eine behindertengerechte Rampe schaffen. Das Konzept hatte Kurzweg dem Juister Bürgermeister Dietmar Patron ausführlich erläutert. Es lag auch dem Informations-schreiben bei, das der Investor an die Ratsmitglieder mailte.

Für die Schaffung einer Rampe müsste ein Teil der 60 Zentimeter breiten Zuwegung zwischen dem Rathaus und der Post auf 1,20 Meter verbreitert werden. Dafür muss allerdings das Wegerecht geändert werden, da es bislang lediglich für die Post und nicht für die Nutzer der Post-Immobilie eingetragen ist. Ursprünglich ging Kurzweg davon aus, dass der Bebauungsplan nicht geändert werden muss. Er stellte am 27. Juli eine Bauvoranfrage bei der Gemeinde, die am 28. August beim Landkreis eintraf. „Die Gemeinde darf vorrangig auf die Flächen zugreifen“, betont Rinderhagen. „Die Gemeinde

soll prüfen, ob sie an den Flächen hat, bei sie freigibt.“

Auf Juist kursiert allerdings ein Schreiben von ihm an Kurzweg, das in einem wenig diplomatischen Ton gehalten ist. Wenn er einen gültigen Mietvertrag abgeschlossen habe, obwohl er von der Nutzungseinschränkung wisse und davon, dass der Rat die Zustimmung für das Wegerecht zwischen dem Rathaus und dem alten Postgebäude erteilen muss, „so ist das leichtfertig und ausschließlich Ihr Problem“. Dieses Schreiben wiederum bewog Kleen dazu, wie er Rinderhagen am 4. September schrieb, „den gesamten Vorgang der Kreis- und Landesgruppe zur Beurteilung vorzulegen, damit Ihrem anmaßenden Handeln auf Juist in Gutsherrenmanier hier auf Juist endlich Einhalt geboten wird.“

Inka Extra hatte, wie sie dem KURIER mitteilte, bei der umstrittenen Fraktionssitzung nicht gewusst, dass eine Bauvoranfrage von Kurzweg bei der Gemeinde vorlag. „Wenn das alles schneller bearbeitet worden wäre, hätte sich unser Antrag schon erledigt – das ist dumm gelaufen.“ Am 15. September soll nun um 9 Uhr ein klärendes Gespräch mit dem Verwaltungsausschuss stattfinden, an dem auch Kurzweg teilnimmt.

„Viel Geld für einen Otto-Leege-Entdeckerpfad, der keiner ist“

STELLUNGNAHME Juister Bündnisgrüne Hilta Depser-Moritz fordert eine Finanzamtsprüfung – „Projekt stört Natur“

JUIST – Heftige Kritik übt Hilta Depser-Moritz, Kreistagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen am Otto-Leege-Institut (OLI). Es sei viel Geld (siehe Kasten) in das Otto-Leege-Pfad-Projekt in den Juister Ostdünen geflossen, ohne dass dieser den Ansprüchen der Ausschreibung (Internetwettbewerb Otto-Leege-Lehrpfad) gerecht geworden sei.

Die Idee der ehemaligen Initiatoren von 2007 war, anhand dieser ortsnahen, durch vorhandene Wege begehbaren Dünenlandschaft den Gästen den Aufbau dieser Insellandschaft vom Strand über die weißen Sanddünen zum Sekundärdünenbereich und an verwilderten Inselgärten vorbei zu den Braundünen mit Blick über Salzwiesen und Wattenmeer mit ihrer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt erlebbar zu machen.

Durch die „autokratische Führung“ Bernd Bunks, des Vorsitzenden des Otto-Leege-Instituts, sei dies leider nur mangelhaft umgesetzt worden. Es sei Bunk hauptsächlich darum gegangen, seine eigenen künstlerischen Ambitionen ins Licht zu setzen. Deshalb hätte er es auch so geschaukelt, meint Depser-Moritz, dass 2009 als Erstes sein japanisches Torii gebaut und eingeweiht wurde, wobei er vollmundig verkündete, dass der Lehrpfad Pfingsten 2010 folgen würde.

Unstimmigkeiten

Im Internet ist unter wapedia.mobi/de/Otto-Leege-Pfad#5 jetzt nachzulesen: „Bei der weiteren Umsetzung gab es dann Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Institutionen, unter anderem mit der Nationalparkverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer. So konnte man sich zunächst nicht über die Gestaltung und den Inhalt der Informations- und Schautafeln einigen. Die ursprünglich für das Frühjahr 2011 geplante offizielle Eröff-



Wegen der Schautafeln gab es Streit mit der Nationalparkverwaltung. Sie wurden schließlich mit Sponsorengeldern angefertigt.

nung des Otto-Leege-Pfades fand daher bisher nicht statt.“

Trotz etlicher Gesprächsangebote seitens des Umweltministeriums und der Nationalparkverwaltung an den selbst ernannten Projektleiter Bernd Bunk, die fachlich schwierige Aufgabe der Erstellung der Schautafeln abzugeben, weigerte sich dieser nicht nur, bdauerte Depser-Moritz, sondern er habe bei Geschäftsleuten auf der Insel eine Sammelaktion durchführen lassen, um einige Schautafeln selbst zu finanzieren.

„Juristisch heikel“

Dies ist nach Ansicht der Grünen eine juristisch heikle Angelegenheit, da Bunk mit der NBank, die die Gelder der Europäischen Union (EU) zu verteilen hat, im Streit liegt und darauf beharrt, dass er als Bauherr und Vorsitzender des Otto-Leege-Instituts Vorrang habe. „Irgendwann wird Recht gesprochen werden – nicht nur, wer die öffentlichen Finanzmittel weiter verteilen darf, sondern auch, ob es rech-

ten und Fachleute auf ihre vereinbarten Honorare weiter verzichten müssen.“

„Die Werbung zum Otto-Leege-Pfad im Inselprospekt, in Juist-Saison, dem Töwerland-Special des Ostfriesland Magazins und wiederkehrend im monatlichen Strandlooper schadet dem Image der Insel nachhaltig“, ist die Meinung von Depser-Moritz, da die Besucher einen unvollständigen Lehrpfad vorfinden. Auch seien die Werbeemblem der einzelnen Schautafelsponsoren nicht gerade schön zu nennen.

In der Pressemitteilung 69/2010 des niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz war zu lesen: „Auf der Insel Juist bietet der Otto-Leege-Entdeckerpfad (167500 Euro) den Besuchern die Möglichkeit, die Natur der Düneninsel und des angrenzenden Wattenmeeres in ihren komplexen ökologischen Zusammenhängen zu erleben.“

„Inzwischen ist er also zum ‚Entdeckerpfad‘ umbenannt worden, der 2009 mit dem japanischen Torii-Verschnitt

von Bunk selbstherrlich eröffnete ‚Otto-Leege-Pfad‘, stellt Depser-Moritz fest. „Zu entdecken gibt es, mehr als ein Jahr später, außer Machwerken nach Bunks Ideen und Entwürfen nichts von dem 2007 im Internet als Wettbewerb ausgeschrieben ‚Otto-Leege-Lehrpfad‘.“ Bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) – im Internet nachlesbar unter: Niedersachsen, Umweltkommunikation, AZ270079/ – heißt das Projekt noch „Ökologisch-künstlerischer Inselpfad“.

Vier Verlängerungen

Entdeckungswert ist laut Depser-Moritz, dass die Fertigstellung des mit 73518 Euro von der DBU geförderten Projekts bisher viermal verlängert wurde. Es sei zudem bekannt, dass die Gemeinde Juist 2009 aus dem Kurhaushalt 19800 Euro und 2010 weitere 10000 Euro beisteuerte.

Die Niedersächsische Lotterstiftung, seit 2008 umgewandelt in Niedersächsische Bingostiftung, die laut Satzung nur Projekte fördern darf, die nach dem Naturschutzgesetz ohne

FÖRDERMITTEL

- 2008 – Niedersächsische Bingostiftung 11.400 Euro.
 - 2009 – Niedersächsische Bingostiftung 5700 Euro.
 - 2009 – DBU (Deutsche Bundesstiftung Umwelt) 73.518 Euro.
 - 2009 – Europäischer Fonds EFRE 18.200 Euro.
 - 2009 – Kurhaushalt Gemeinde Juist 19.800 Euro.
 - 2010 – Kurhaushalt Gemeinde Juist 10.000 Euro.
 - Banken und Einzelspenden mindestens 10.000 Euro.
- Die Projektschritte des „Entdeckerpfades“ in Höhe von 166.264,58 Euro war maßgeblich für die Zuwendungen des Landes Niedersachsen von 25.250,29 Euro und der EU von 83.132,29 Euro 2010, also einer weiteren Summe von 108.382,58 Euro, die von der NBank verwaltet wird.

Ersatzmaßnahme auskommen – was hier nicht der Fall ist, denn ein gepflasterter Weg wurde als Ersatzmaßnahme renaturiert – war 2008 mit 11.400 und 2009 mit 5.700 Euro dabei. Banken gaben mindestens 10.000 Euro dazu. Der Europäische Fonds EFRE 2009 gab 18.200 Euro. Hinzu kommen Einzelspenden.

„Insgesamt kommen mehr als 150.000 Euro-Förderung zusammen, die anscheinend nicht reichten, um den Naturlehrpfad als solchen überhaupt erst mal sichtbar zu machen“, kritisiert die Juisterin: 150.000 Euro für Bauwerke – Podeste, Treppen, Brückenkonstruktion, Tafelständer – und Bunk-Objekte: japanisches Torii, Windharfe, Wasserklangschale. Eingeweiht werden sollte das großspurige „Gesamtkunstwerk“ nach dem Vokabular von Bazon Brock genannte Projekt, wie es auf

Bauschildern zu lesen war, nach mehrfach verschobenen Terminen im Frühjahr 2012.

317500 Euro insgesamt

Mit der noch angekündigten Förderung von 167.500 Euro durch das Land Niedersachsen und die EU werden es 317.500 Euro Gesamtförderungssumme sein, stellt Depser-Moritz fest. „Die 167.500 Euro werden gebraucht, um den Bankrott der Planung und Durchführung des Mini-Otto-Leege-Instituts (sieben Mitglieder, eingeschlossen drei Vorstandsmitglieder) zu verhindern“, kritisiert sie.

„Warum wird ein Institut von so vielen Seiten gefördert, das auch noch als eingetragener Verein anerkannt bleibt, obwohl die Kassenwartfunktion Monate lang von der Ehefrau des Gründers und Institutsleiters ausgeübt wurde, weil keine Sonderversammlung nach dem Rücktritt der gewählten Kassenwartin einberufen wurde und Jahres- und Hauptversammlungen nicht satzungsgemäß stattfanden?“, fragt Depser-Moritz. Öffentliche Gelder seien von dem Projekt- und künstlerischen Leiter selber verteilt und durch eigene Kunst-Produkte mit verbraucht worden.

Sie fordert eine gründliche Finanzamtsprüfung, denn das Institut ist wegen Förderung (begünstigter Zweck) durch die Bescheinigung des Finanzamtes Oldenburg (Steuernummer 64/220/12717) ab dem 7. November 2003 als gemeinnützig anerkannt.

„Wieso ein Projekt, das die Natur der Düneninsel und das angrenzende Wattenmeer in ihren komplexen ökologischen Zusammenhängen erlebbar machen soll, die Inselnatur auf mehreren Ebenen so empfindlich stört, kann nun jeder Besucher selbst feststellen“, so Depser-Moritz. „Von Otto Leege gibt es übrigens nur wenig auf dem Pfad zu entdecken.“